

M A 2
16.6.2014

Zwischen real und radikal

Grüne suchen auf Flughafenkonferenz in Wildau eine gemeinsame Position zum BER

Von Christian Zielke

Wildau – Brandenburgs Grüne haben es gut. Sie können von sich behaupten, für das Debakel rund um den BER-Flughafen keine politische Verantwortung zu tragen, da sie bei den wichtigen Entscheidungen stets Zaungäste außerhalb des Parlaments oder seit einigen Jahren von der Oppositionsbank aus sind. Derart von Verantwortung befreit lässt es sich unbefangen über das Thema reden und so luden die Grüne-Fraktionen aus dem Brandenburger Landtag und dem Berliner Abgeordnetenhaus am Sonnabend zur Flughafenkonferenz in die Technische Hochschule Wildau.

Die Vielzahl der akademischen Titel auf der Rednerliste zeigte, dass die Grünen bei der Auswahl großen Wert auf Fachwissen gelegt haben. So waren auch viele Vertreter von Bürgerinitiativen unter den rund 200 Zuhörern, von denen nicht wenige hofften, dass die Grünen an diesem Tag die Systemfrage und damit den Standort Schönefeld in Frage stellen. So weit wollten die Brandenburger Grünen nicht gehen. Sie sind gefangen zwischen der verlockenden Radikalität eines strikten Anti-Schönefeld-Kurses und den Realitäten der Politik.

Argumentationshilfen für den radikalen Kurs gab es

am Sonnabend reichlich. Die Experten gaben sich durchaus meinungsfreudig. So nannte Henning Thole von der Vereinigung Ärzte gegen Fluglärm die zu erwartenden gesundheitlichen Folgen des BER eine „medizinische Perversion“. Auch aus wirtschaftlicher Sicht gebe es nur wenig, was für den BER spricht. Friedrich Thießen, Professor für Finanzwirtschaft an der TU Chemnitz, zeichnete ein besonders düsteres Szenario. Um bis zu 30 Prozent könnten die Grundstückspreise sinken, wenn der BER eröffnet, weil der Lärm die Immobilien praktisch unverkäuflich macht. „Die Politik nimmt diese Ungerechtigkeit hin“, sagt Thießen. Er prophezeit, dass der BER selbst unter günstigen Bedingungen defi-

zitär bleibe. So müsse der Steuerzahler immer wieder Geld zuschießen.

Der Finanzwissenschaftler hat Prognosen zu Passagierzahlen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzentwicklungen untersucht und kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. „Es wird manipuliert ohne Ende“, sagt Thießen. Viele Gutachten, mit denen Flughafenneu- und -ausbauten begründet werden, halten in der Realität nicht Stand. Arbeitsplätze würden meist nur verlagert, Wachstumsraten systematisch zu hoch angesetzt, dafür werden negative Effekte, etwa durch Lärm und Schadstoffe, ausgeblendet. Das Problem, so Thießen: Viele Politiker und Richter nehmen solche Untersuchungen für bare Münze.

Dass der BER auch dem Klimaschutz zuwider ist, legte Michael Cramer, Abgeordneter im Europaparlament, dar. Er forderte ein Ende der Subventionen für die Luftfahrt, die jedes Jahr in Deutschland 30 Milliarden Euro für den Verzicht auf eine Kerosinsteuer und die Mehrwertsteuerbefreiungen von Auslandsflügen ausmachen. „Das ist übelste sozialistische Planwirtschaft zu Lasten des Klimas und der Gesundheit“, sagte Cramer.

Nach so vielen Argumenten gegen den BER hätte sich Wilfried von Aswegen von der Bürgerinitiative Woltersdorf etwas mehr Radikalität gewünscht: „Rechtlich, medizinisch und wirtschaftlich sind alle Kriterien erfüllt, die den Standort unmöglich machen.“ Er bedauert, dass die Grünen den Standort Schönefeld dennoch nicht in Frage stellen. „Hätten sie Position bezogen, hätten sie sämtliche Bürgerinitiativen hinter sich“, sagte er. Gerhard Kalinka, Grünen-Kreistagsabgeordneter aus Blankenfelde, bringt das Dilemma auf den Punkt: „Wir wissen, dass der Standort falsch ist, aber weil wir realistisch sind, wirken wir, als wären wir für den Flughafen.“

● **Internet:** Ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Brandenburger Landtag, Axel Vogel, gibt es online unter www.maz-online.de/interview



Der Grüne Europa-Abgeordnete Michael Cramer. FOTO: ZIELKE